

Stadt Schöppenstedt  
Pr/Sie

Niederschrift

über die

**öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen  
und Grundstücksangelegenheiten Nr. Wirt17/006**

vom **07.10.2014**

Sitzungsort: Schöppenstedt, Rathaus, kleiner Saal, 2. OG

Sitzungsdauer: 16:30 Uhr bis 17:15 Uhr

**Anwesend sind:**

SPD-Fraktion

Rüdiger Bobka

Vertretung für Frau Heike  
Schwarz

Marcus Bosse

Hannelore Cleve

Peter Haller

Ulrich Warnecke

CDU-Fraktion

Siegfried Adler

Vertretung für Herrn Klaus Kün-  
ne

Hartwig Behrens

Hinzugewählte

Karsten Herbst

Ulrich Herbst

Verwaltung

Detlev Prescher

zugleich als Protokollführer

**Vorsitz: Marcus Bosse**

**Es fehlen:**

Gäste: 0

Besucher: 0

Pressevertreter: 0

**Ergebnis der Sitzung:**

Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1.:</b>	<b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit</b>
---------------------	--

Herr Bosse eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie den Vertreter der Verwaltung. Er verweist auf die Besonderheit des frühen Sitzungsbeginnes, begründet diesen und dankt, dass der Ausschuss gleichwohl vollständig besetzt ist. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<b>Zu Punkt 2.:</b>	<b>Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge</b>
---------------------	--

Die Tagesordnung wird in der Form festgestellt, wie sie den Ausschussmitgliedern mit der Einladung vom 26.09.2014 zugegangen ist.

<b>Zu Punkt 3.:</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Grundstücksangelegenheiten vom 03.02.2014</b>
---------------------	---

**Beschluss:**

*Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Grundstücksangelegenheiten vom 03.02.2014 wird in Form und Fassung genehmigt.*

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**  
**Ja 6 Enthaltung 1**

<b>Zu Punkt 4.:</b>	<b>1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2014</b>
---------------------	--

RDS-Nr. St 17/096 vom 25.09.2014

Herr Bosse bittet Herrn Prescher, den Vorbericht vorzutragen und stellt die Entscheidung darüber, inwieweit die Haushalts-

ansätze im Einzelnen durchgegangen werden sollen, zunächst zurück.

Herr Prescher berichtet von der nach wie vor guten Haushalts-situation, die sich gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung nur geringfügig verändert hat. Er stellt heraus, dass auch der Ergebnishaushalt ausgeglichen sei, was bedeute, dass selbst die Summe der Abschreibungen ausfinanziert ist. Eine bedeutende Ursache hierfür stellt die Entwicklung der Steuereinnahmen dar, wobei er an die Erhöhung der Hebesätze erinnert. Zudem sei die Entwicklung des Gemeindeanteiles an der Einkommensteuer eher außergewöhnlich; der Haushaltsansatz liegt jetzt um über 150.000 € über dem Ergebnis des Vorjahres. Gleichzeitig warnt er davor, diese Entwicklung als dauerhaft zu betrachten.

Der im Vergleich zur ursprünglichen Haushaltsplanung gestiegene Aufwand von rd. 108.000 € beruht hauptsächlich auf die Mehrbelastung durch die Samtgemeindeumlage. Der Samtgemeinderat hat beschlossen, die Samtgemeindeumlage um 150.000 € auf 2,4 Mio. € zu erhöhen. Grund sei die durchgängig gute Haushaltslage der Mitgliedsgemeinden zur vergleichsweise schlechten Haushaltslage der Samtgemeinde. Konsequenz sei es deshalb gewesen, darauf im internen Finanzausgleich zu reagieren. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die wiederholt vorgenommene Entlastung der Mitgliedsgemeinden in den vergangenen Jahren. Die Erhöhung der Umlage belastet die Stadt mit zusätzlich 90.500 €.

Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergibt sich im Finanzhaushalt jetzt ein Überschuss in Höhe von 328.400 €. Hieraus werden die Investitionen mit 37.000 € ausfinanziert sowie Tilgungszahlungen für aufgenommene Investitionskredite in Höhe von 121.700 € finanziert. Das abschließend positive Ergebnis, d.h. der Zufluss liquider Mittel, beläuft sich somit auf 169.700 €.

Im weiteren erläutert Herr Prescher die vorgenommenen Veränderungen bei den Investitionen. Es verbleibt ein relativ geringes Investitionsvolumen von 54.000 €. Dagegen zeige ein Blick auf die Investitionsplanungen der folgenden Jahre, dass auf die Stadt nicht unerhebliche Belastungen zu kommen. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Prescher von der nach wie vor unbefriedigenden Sachlage in Bezug auf die Herstellung einer Park/Bike&Ride-Anlage. Hier liegen – obwohl bereits vor mehreren Wochen zugesagt – seitens des ZGB/der Bahn nach wie vor keine Planungen in Bezug auf Bahnsteigumbau/Gleisanlagen vor. Hierzu gibt es nun ein weiteres Gespräch Ende Oktober.

Die Investitionsplanung zeigt für die folgenden Jahre einen nicht unerheblichen Finanzierungsbedarf, der entweder aus zur Verfügung stehender Liquidität oder aus neuen Kommunalkrediten

finanziert werden muss. Hierauf werde er im Anschluss an diesen TOP noch eingehen.

Herr Bosse, fragt nach, wie es dazu komme, dass sich die Höhe der Konzessionsabgabe verändert habe. Er sei davon ausgegangen, dass dies eine konstante Größe sei. Herr Prescher antwortet, dass leichte Schwankungen immer möglich sind, da immer mal wieder ein Wechsel beispielsweise von Tarifkunden zu Sondervertragskunden stattfindet. Er wird dem Protokoll beispielhaft Konzessionsabgabeabrechnungen beifügen.

Herr Behrens weist darauf hin, dass eine evtl. Erneuerung der Brücke Bismarckplatz nicht wieder in Holz erfolgen sollte.

Protokollanmerkung:

*bei der letzten turnusmäßig durchgeführten Brückenuntersuchung wurde festgestellt, dass der Zustand eine Komplettsanierung (oder Neubau) nicht erforderlich macht. Geringfügige Ausbesserungen sind ausreichend. Bei der nächsten Haushaltsfortschreibung könnte dieser Ansatz somit gestrichen werden.*

Herr Bobka fragt nach, welchen Sachstand die Errichtung des Asse-Fonds habe. Herr Prescher antwortet, dass nach seinem Kenntnisstand die Stiftung, die für den Fonds eingerichtet werden soll, noch immer nicht gegründet ist. Der Vorstand werde wohl aus 3 Personen, darunter die Landrätin und die/der neue Samtgemeindebürgermeister/in, sowie einem Beirat bestehen. Konkretes über die Mittelverwendung sei ihm nicht bekannt.

Herr Bosse ergänzt, dass die Verzögerung auch deswegen eingetreten sei, weil der Bundeshaushalt spät verabschiedet wurde und die Sommerferien spät gelegen hätten. Für die Gesamtkonstruktion sei ein Gesetz erforderlich, dass möglicherweise noch im Dezember verabschiedet werde.

Abschließend war sich der Ausschuss darüber einig, dass eine Einzelbetrachtung von Haushaltsansätzen nicht erfolgen solle.

**Einigkeit besteht auch darüber, dass der Ausschuss keinen Beschlussvorschlag abgebe, sondern dies dem Verwaltungsausschuss vorbehalten sein soll.**

**Entscheidung zurückgestellt**

<b>Zu Punkt 5.:      Anfragen und Mitteilungen</b>
--

<b>Zu Punkt 5.1.: Anfragen und Mitteilungen der Mitglieder</b>
--

<b>Zu Punkt 5.1.1.: Neubau Rewe/Aldi</b>
--

Herr Bobka fragt nach, ob die Neubauten Rewe und Aldi im Zeitplan liegen würden. Herr Prescher antwortet, dass ihm nicht anderes bekannt sei, so dass weiterhin die Aussage bestehe, dass der neue Rewe am 06.12. eröffnet. Ob Aldi das in diesem Jahr schafft, ist eher fraglich.

Protokollanmerkung:

*Eine Nachfrage beim von Aldi beauftragten Ing.-Büro hat ergeben, dass die Neueröffnung nicht vor April 2015 erfolgen werde. U. a. die Herrichtung des Baugrundes habe Zeitverzögerungen verursacht.*

Für den Pressebericht im Stadtspiegel, indem über die derzeitige Parkplatzsituation Klage geführt wird, habe er kein Verständnis. Zu lesen sei aber auch gewesen, dass einige Kunden für die derzeitige Situation durchaus Verständnis hätten.

Protokollanmerkung:

*Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass nicht nur die Parkplatfläche vor dem neuen Rewe, sondern die Gesamtparkplatzfläche des Einkaufszentrums umgestaltet wird. Dies geschieht in zwei Abschnitten. Erforderlich sei dies, da durch den neuen größeren Rewe mehr Parkplätze als bisher vorgehalten werden müssten.*

<b>Zu Punkt 5.1.2.: Beeinträchtigung der Altenau</b>
--

Herr Bosse berichtet, dass in der Altenau südlich der Jasperstraße Steine und Bewuchs zu finden sei, möglicherweise durch Dritte dort hinterlegt, um Enten eine „Heimat“ zu bieten. Er

bittet, zu prüfen, ob dies eine Gefahrenstelle bei Hochwasser sein könne.

<b>Zu Punkt 5.2.: Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung</b>
--

<b>Zu Punkt 5.2.1.: Kreditlinie gem. Entschuldungsvertrag</b>
---

Herr Prescher berichtet, dass bekanntlich im Mai über die Kommunalaufsicht beim Innenministerium der Antrag gestellt wurde, die im Entschuldungsvertrag auf 200.000 € für beide Samtgemeinden gedeckelte Kreditaufnahmeermächtigung zugunsten einer großzügigeren Handhabung aufzuheben. Hierzu habe Mitte September ein Gespräch mit Vertretern des Innenministeriums und der Kommunalaufsicht stattgefunden. Nach eingehender Erörterung hatten sich beide Aufsichtsbehörden vor dem Hintergrund der Antragsbegründung und der bisher bereits eingetretenen positiven Haushaltsentwicklung bereiterklärt, einer veränderten Regelung zustimmen zu können. Die Absprache hatte zum Inhalt, dass eine Kreditlinie von 500.000 € eingeräumt werden könne, wenn aus den kumulierten Finanzhaushalten aller Mitgliedsgemeinden und der neuen Samtgemeinde Liquidität in Höhe von mindestens 1 Mio. € zur Reduzierung der noch bestehenden Kassenkredite zur Verfügung stehen würde. Bei nachgewiesener Liquidität von unter 1 Mio. € würden jeweils 50 % dieses geringeren Betrages zur Kreditneuaufnahme genehmigt werden, mind. aber die bisher schon eingeräumten 200.000 €, bei nachgewiesener Liquidität über 1 Mio. € würde es jedoch bei 500.000 € bleiben.

Im Nachhinein hat der zuständige Vertreter des Innenministeriums nunmehr erklärt, dass er die Neureglung anders verstanden wissen wolle. Sollte nämlich eine Gemeinde, beispielsweise die Stadt Schöppenstedt, ihre Liquidität zur Vermeidung von Kreditaufnahmen verwenden, Investitionen zu finanzieren, würde dieser Betrag von der kumulierten Liquidität aller Mitgliedsgemeinden/der neuen Samtgemeinde abgezogen werden, sodass die übrigen Gemeinden, sollte die kumulierte Liquidität dann unter 1 Mio. liegen, nur noch einen reduzierten Kreditrahmen zur Verfügung hätten. Derzeitiger Sachstand ist, dass gegenüber dem Innenministerium deutlich gemacht wurde, dass diese nachge-

schobene Interpretation nicht akzeptiert werde. Eine abschließende Regelung steht also noch aus.

<b>Zu Punkt</b>	<b>Vergnügungssteuer</b>
<b>5.2.2.:</b>	

Herr Prescher berichtet, dass er in der letzten Kämmerertagung nochmals das Thema „Vergnügungssteuer auf Einspielergebnisse“ zur Sprache gebracht habe. Auch in diesem Fachausschuss sei das ja bereits Thema gewesen. In der SG Baddeckenstedt sei dies erfolgt, in einer Mitgliedsgemeinde beispielsweise mit dem Ergebnis einer Steigerung der Vergnügungssteuer von bisher rd. 6.000 € auf 20.000 €. Rein aus finanzieller Sicht scheint sich eine Umstellung zu lohnen, deswegen wird dieses Thema verwaltungsintern weiter aufbereitet. Bei weiteren Erkenntnissen werde er berichten.

<b>Zu Punkt 6.:</b>	<b>Schließung der öffentlichen Sitzung</b>
---------------------	--

Herr Bosse schließt die Sitzung um 17:15 und bedankt sich für die regen Diskussionsbeiträge.

<b>Zu Punkt 7.:</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>
---------------------	-----------------------------

Entfällt, da keine Besucher/innen anwesend sind.

Der Vorsitzende

Der Stadtdirektor  
zugleich als Proto-  
kollführer

Marcus Bosse

Detlev Prescher

Anlagen